

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Neuausrichtung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ab 2020;
Weiterhin für eine flächendeckende Landwirtschaft im Saarland

Der Landtag wolle beschließen:

Mit der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum 2020 bis 2027 legen die EU-Kommission, das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten den Grundstein für die landwirtschaftlichen Betriebe und für die sichere Lebensmittelversorgung in Europa. Die Agrarpolitik bleibt Kernbereich der europäischen Integration. Gerade angesichts globaler Entwicklungen, europäischer Veränderungen wie dem Brexit sowie wachsender Konflikte, die auch Handelskonflikte sind, bleibt die sichere, hochwertige und preisgünstige Versorgung der europäischen Bevölkerung ein besonders wichtiges politisches Ziel.

Darüber hinaus ist die Agrar- und Forstwirtschaft mit dem nachgelagerten Bereich ein bedeutsamer Wirtschaftszweig mit hoher Wertschöpfung und vielen Arbeitsplätzen. Der Wettbewerbsdruck hat in den letzten Jahren zu einer stetigen und starken Veränderung in der Landwirtschaft geführt. Während die Zahl der Betriebe abnimmt, nehmen Spezialisierung und Betriebsgröße sowie in der Regel auch die Intensität und Präzision der Bewirtschaftung zu. In Teilen Deutschlands wird Landwirtschaft überwiegend industriell organisiert. Gestiegene Erwartungen an das Tierwohl, die Umweltverträglichkeit und den Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt der Biodiversität und zur Bekämpfung des Klimawandels sind vor diesem Hintergrund berechtigt.

Das Saarland hat einen sehr hohen Grünlandanteil und eine Spitzenstellung bei der biologischen Landwirtschaft, gerade unter ökologischer Perspektive. Insbesondere mit den Erhaltungsbemühungen für den hohen Anteil an wertvollem extensivem Grünland hat das Saarland schon lange den richtigen Weg in der Landwirtschaftspolitik eingeschlagen.

Doch mit Blick auf die geringere Ertragskraft der Böden und andere strukturelle Nachteile, die dazu führen, dass der Großteil des Saarlandes als benachteiligtes Gebiet gilt, haben Landwirte es hier besonders schwer im globalen Wettbewerb zu bestehen. Vor diesem Hintergrund bekräftigt der Landtag des Saarlandes dennoch das Ziel, Landwirtschaft im Saarland auch in Zukunft flächendeckend zu erhalten. Dies zu gewährleisten ist die wichtigste Forderung an EU- und Bundespolitik bei der Ausformulierung der neuen GAP.

Der Landtag bedauert, dass es offensichtlich nicht gelingt, dass sich Kommission, Parlament und Rat noch vor der Europawahl auf eine gemeinsame Linie verständigen. Hier muss möglichst schnell Planungssicherheit entstehen.

Der Landtag des Saarlandes spricht sich für die Beibehaltung des Agrar-Haushaltes in der bisherigen Höhe ebenso aus wie für den Erhalt der ersten und der zweiten Säule. Die erste Säule ist für die Einkommenssicherung und damit die Existenzsicherung der Betriebe im Saarland unverzichtbar. Sie sollte aber so umgebaut werden, dass die Förderung degressiv abnimmt und ab einer bestimmten Größe gekappt wird. Die Förderung muss sich zudem auf die Regionen konzentrieren, die benachteiligt sind und darf kein willkommenes Zubrot für diejenigen sein, die eigentlich auch ohne öffentliches Geld am Markt gut bestehen können. Es gilt der Grundsatz öffentliches Geld für öffentliche Leistungen: Dazu gehören der Erhalt der Kulturlandschaft mit einer reichen Artenvielfalt und die Verbesserung des Tierwohls.

Die frei werdenden Mittel durch Kappung und Degression in intensiven Agrarregionen und daraus resultierenden größeren nationale Spielräume sollten dazu genutzt werden, bäuerliche Strukturen in der Landwirtschaft zu fördern und diese insbesondere in benachteiligten Gebieten zu unterstützen. Die biologische Landwirtschaft sollte einen Schwerpunkt der Agrarpolitik im Bund bilden, für den dieser auch eigene Bundesmittel verwendet.

Die Stellung der Erzeuger gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel muss weiter gestärkt werden.

Der Landtag des Saarlandes wolle beschließen:

- Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei dem Ziel, bis Mitte des nächsten Jahrzehntes eine Quote von 25-Prozent Bio-Betriebe im Saarland zu erreichen.
- Der Landtag sieht die besondere Verantwortung der Landwirtschaft für den Erhalt der Artenvielfalt und der Kulturlandschaft. Die hierfür notwendige, ausreichende Förderung darf einer Reduzierung der Fördermittel im Agrarfonds nicht zum Opfer fallen.
- Der Landtag spricht sich für eine deutliche Vereinfachung der Förderrichtlinien und deren Umsetzung aus, um die Betriebe von unnötigen Bürokratielasten zu befreien.
- Der Landtag spricht sich ferner dafür aus, die Förderung des Ländlichen Raums über LEADER-Programme und andere Instrumente des ELER fortzusetzen.
- Der Landtag des Saarlandes wird seinen Beitrag dazu leisten, dass die Mittel für die oben genannten Maßnahmen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

B e g r ü n d u n g:

Erfolgt mündlich.